

Nach den Landtagswahlen: Bau- und Vergabestopp durchsetzen! Sofortige Abschaltung aller AKWs erkämpfen!



Mappus ist weg. Der nie gewählte Rambo-Ministerpräsident wurde abgewählt. Das ist die Quittung der Wähler für den „Schwarzen Donnerstag“, für das arrogante Durchregieren bei Stuttgart 21 und der Atompolitik. Es ist eine klare Abfuhr für die baden württembergische CDU und FDP und für die Merkel-Regierung. Es ist aber auch eine Niederlage für die Wirtschaftsbosse im Ländle, die sich massiv in den Wahlkampf eingeschaltet haben um ihre mit ihnen verfilzten Parteien an der Regierung zu halten. Das hervorragende Abschneiden der Grünen in Stuttgart spiegelt den Widerstand gegen Stuttgart 21 wider. Das wird ihnen dabei ein Dorn im Auge sein.

Ermutigung für Widerstand gegen Stuttgart 21

Das Wahlergebnis ist ein Erfolg der Massenbewegungen gegen Stuttgart 21 und gegen Atomkraftwerke. Es ist ein enorme Ermutigung für den Widerstand gegen Stuttgart 21 und die Anti-Atombewegung. Zehntausende haben am Wahlsonntag auf dem Schlossplatz ausgelassen bei der „Mappschiedsparty“ gefeiert. Mehrere tausend sind anschließend zum Nordflügel gezogen und haben den Bauzaun geöffnet. „Baustopp jetzt“ war der meistgerufene Sprechchor des Wahlabends in Stuttgart. Das Wahlergebnis hat Stuttgart 21 noch nicht zu Fall gebracht, wohl aber die Kampfbedingungen verändert.

SPD/Grüne-Regierung von Anfang an unter Druck setzen

Die ersten Aussagen von Grünen-Politikern am gestrigen Wahlabend zeigen, dass es

ohne weiteren Druck einer Massenbewegung kein Ende von Stuttgart 21 und auch keinen Ausstieg aus der Atomkraft geben wird. Sie hatten sich bereits vor der Wahl für die von der SPD ins Spiel gebrachte Linie einer Volksabstimmung in ganz Baden Württemberg festgelegt. Die SPD will damit erklärtermaßen Stuttgart 21 „demokratisch legitimieren“. Hinzu kommt, dass die gesetzlichen Bestimmungen einen erfolgreichen Volksentscheid von vornherein sehr schwierig machen. Die von SPD/Grünen geplante landesweite Volksabstimmung wird mit einer ausgemauerten Fragestellung und weiterer Lügenpropaganda zu „Stuttgart 21 plus“ zu einer Falle für die Bewegung gegen Stuttgart 21.



Hinzu kommt, dass am Wahlabend bereits ein SPD-Landtagsabgeordneter erklärte, er und einige weitere SPD-Abgeordnete werden im Landtag gegen einen Volksentscheid zu Stuttgart 21 stimmen. Bei der knappen Mehrheit von SPD/Grünen reichen drei Ab-

weichter um Mehrheiten zu kippen. Die Stuttgart-21-Mafia hat die SPD, um ihre Interessen in der neuen Regierung durchzusetzen. Die Erfahrung mit grüner Regierungsbeteiligung zeigen, dass sie diesem Druck nachgeben. So wurde aus der Forderung nach sofortigem Ausstieg aus der Atomenergie in der Schröder-Regierung eine „Restlaufzeit“ von 30 Jahren. Die Forderung nach sofortiger Beendigung der Kriminalisierung von Stuttgart-21-Gegnern und nach sofortigem Bau- und Vergabestopp wurde von den Grünen bisher nicht übernommen.

DIE LINKE verliert die Wahl

Die SAV ist Teil der Linken und hat für den Einzug der Linken in den Landtag gekämpft.

Wir betrachten es als großen Nachteil, dass DIE LINKE nicht in Landtag gekommen ist. Das erklärt sich zum einen dadurch, dass viele Wähler auf Nummer sicher gehen wollten bei einem Regierungswechsel und sich deshalb für die Wahl der Grünen entschieden haben. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Denn zeitgleich hat DIE LINKE in Rheinland Pfalz ebenfalls ein schlechtes Ergebnis eingefahren und den Einzug in den Landtag verpasst.

Die Gründe für die mangelnde Anziehungskraft der LINKEN liegen tiefer. Während die SPD immer noch in Teilen der arbeitenden Bevölkerung wegen ihrer großen Vergangenheit als Arbeiterpartei Wahlunterstützung hat und die Grünen sich auf die enorme Autorität der in Deutschland erfolgreichen Anti-AKW- und Umweltbewegung stützen können, wird DIE LINKE nicht als Bewegungs- und Protestpartei wahrgenommen.

 **SAV Sozialistische Alternative**
www.sozialismus.info stuttgart@sav-online.de

DIE LINKE hat die Chance vertan, ein aktiver und vorwärtstreibender Teil der Bewegung gegen Stuttgart 21 und Atomkraft zu sein. Im Gegensatz zu den Grünen, die auf Volksabstimmung und Wahlen setzten, hätte die LINKE zivilen Ungehorsam, Blockaden und Proteste propagieren und mitorganisieren müssen. Sie hätte Druck auf die Gewerkschaften machen können, politische Streiks zu organisieren, wie es die SchülerInnen am 30. September getan haben. DIE LINKE hätte die Position der Grünen bei Atomkraft herausfordern können und für die sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke eintreten müssen. Hinzu kommt, dass eine Regierungsbeteiligung in Berlin, der LINKEN bundesweit Glaubwürdigkeit kostet.



Der Wahlkampf der Linken in Baden Württemberg hätte nach Meinung der SAV anders geführt werden sollen. Die Wahlaussagen hatten keine klare anti-

kapitalistische und kämpferische Ausrichtung. Die LINKE hat versucht, sich als Mehrheitsbeschaffer für eine rot-grüne Regierung bei den Wählern zu präsentieren. Je näher der Wahltag kam, desto mehr wurden wahlarithmetische Argumente in den Vordergrund geschoben wurden, um Stimmen zu fangen. Aussagen wie „Mappus weg nur mit links“ oder „wir sind das Zünglein an der Waage“ waren nicht nur unpolitisch, sondern auch völlig falsch, wie der Wahlausgang gezeigt hat.

Neue linke Partei bleibt Notwendigkeit

Trotz der Wahlniederlage für DIE LINKE bleibt der Aufbau einer breiten antikapitalistischen Partei eine Notwendigkeit. SPD und Grüne sind Parteien, die auf der Grundlage des Kapitalismus stehen. Deshalb werden sie dem Druck der Atom- und Stuttgart-21-Mafia nachgeben. Deshalb werden sie die kapitalistischen Krisenlasten rigoros auf die Armen und die abhängig Beschäftigten abwälzen. Dazu brauchen wir eine linke Alternative, die Teil des Widerstands ist und dabei auch die Systemfrage aufwirft. Im Kampf für einen sofortigen Atomausstieg ist es zum Beispiel dringend notwendig, alle Energiekonzerne in Gemeineigentum zu überführen und demokratisch zu verwalten und zu kontrollieren. Die EnBW wurde von unseren Steuergeldern teuer gekauft. SPD und Grüne müssen unter Druck gesetzt werden, dass das Eigentum genutzt wird, den Atommanagern das Handwerk zu legen, die EnBW de-

mokratisch zu verwalten und alle Atomkraftwerke, egal wie alt, sofort abzuschalten. Das müsste DIE LINKE jetzt fordern. Trotz ihrer Schwächen und parlamentarischen Fixierung ist die Partei DIE LINKE derzeit der einzige Ansatz für eine linke Partei auf Landes- und Bundesebene. Deshalb betrachten wir es für richtig und notwendig, in der LINKEN dafür zu kämpfen, dass daraus eine kämpferische sozialistische Partei wird. Dazu gehört die klare Aussage, dass die DDR überhaupt nichts mit Sozialismus zu tun hatte. Im Gegenteil. Sie war eine Einparteien- und Stasi-Diktatur.

Widerstand muss weitergehen

Der Widerstand gegen Stuttgart 21 und gegen Atomkraft wird weitergehen und muss weitergehen. Die Anti-AKW-Bewegung hat für den 25.4. Großdemonstrationen angekündigt. Die Montagsdemos gehen weiter und am 16. April gibt es die erste Samstagsdemo gegen Stuttgart 21 nach der Wahl. Demonstrationen werden nicht reichen, Stuttgart 21 zu stoppen und AKWs abzuschalten. Deshalb ist es richtig, dass Blockaden von AKWs und eine Großblockade der Stuttgart-21-Baustelle geplant sind. Beim Grundwassermanagement steht jetzt an, die Innenstadt mit einer 17 km aufgeständerten Rohrleitung zu verschandeln. Gleichzeitig soll das Technikgebäude am Nordflügel gebaut werden. Um einen Baustopp durchzusetzen, ist ab sofort eine höhere Konzentration auf Blockaden zu legen. Dafür muss es bei den Montagsdemos klare mobilisierende Ansagen geben.

Die neu gewählte Landesregierung muss mit klaren Forderungen unter Druck gesetzt werden:

- ▶ Sofortige Einstellung der Kriminalisierung von Stuttgart-21-Gegnern und Einstellung aller Gerichtsverfahren gegen sie.
- ▶ Entlassung der Polizeipräsidenten, die den 30.9. mit zu verantworten haben
- ▶ Sofortiger Bau- und Vergabestopp
- ▶ Mit den Steuergeldern für Stuttgart 21: Sofortige Abschaffung aller Studiengebühren, kostenlose Kindergärten, Investitionen in Schulen und Krankenhäuser ...

- ▶ Sofortige Abschaltung aller AKWs der EnBW und Ausbau regenerativer Energien. Garantierte Ersatzarbeitsplätze für die AKW-Beschäftigten
- ▶ Sofortige Entlassung des Vorstands und aller Aufsichtsräte der EnBW und Übernahme der Verwaltung durch gewählte Vertreter aus Belegschaft, Verbrauchern und Umweltschützern
- ▶ Ablehnung von Schadensersatzforderungen durch die Atom- und Stuttgart-21-Profiteure

140 Jahre Pariser Kommune

Wie sich die Bevölkerung von Paris im Jahr 1871 monatelang selbst regierte.

Veranstaltung mit Theodor Bergmann

Donnerstag, 14. April, 19.00 Uhr

Bad Cannstatt Spreuergasse 45, Eingang Finstermünzgasse